

Inhalt

3 Die Angst vor der Frau

*Ein Flugblatt machte die Runde.
wir konnten nicht schweigen*

4 Kuwait, Anfang oder Ende

*Chomsky contra Jenkins
Eine aufsehererregende BBC-Diskussion*

7 Prüfungsordner

Eine Mitteilung in eurem Interesse

8 Volkszählung

Am 15. Mai 1991 ist es soweit

13 Prozeßautomatisation

Ein Leserbrief

14 News

15 TechnoComic

fridolin

die zeitschrift für InformatikerInnen

Impressum

Medieninhaber und Verleger:

Verein der InformatikstudentInnen
c/o Fachschaft Informatik, TU
Wien, Treitlstraße 3, 1040 Wien,
Tel.: 58801/8120

Herausgeber:

Hochschülerschaft der TU Wien,
Karlsplatz 13, 1040 Wien, Tel.:
58801/8119

Redaktion:

Fachschaft Informatik, TU Wien,
Treitlstraße 3, 1040 Wien, Tel.:
58801/8119

Layout:

Gabi Zlatarics, Katharina Summer,
Guy Ries, Stephan Bublava

Hersteller:

HTU Wirtschaftsbetriebe GesmbH,
Wiedner Hauptstraße 8-10, 1040
Wien

Erscheinungsort: Wien

Verlagspostamt: 1040 Wien

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht notwen-
digerweise die Meinung der
Redaktion wieder.

Warnung an unkritische
LeserInnen: nicht jeder Artikel ist
ernst gemeint.

ifabw

mit Softwaremesse
PROGRAMMA

KOMMUNIKATION TOTAL
Informationstechnologie
Büroorganisation
23. – 27. April 91
täglich 9 – 18 Uhr
Samstag 9 – 17 Uhr
Messegelände Wien

Die Angst vor der Frau

Dieses Flugblatt tauchte an einigen Orten der TU, als Reaktion auf den Artikel von Peter („Frauen – Über die geistige Beschränktheit mancher männlicher TU-Studenten“) im *fridolin* 52, auf.
Natürlich anonym.



Eigentlich muß man das nicht mehr kommentieren – es spricht für sich und für die psychische Verfassung der Autoren. Trotzdem hier ein Auszug aus der einschlägigen Literatur:

...Die Frau als Sphinx, als Dämon, als Vampir, als Hexe, als männermordendes Scheusal, als Gnaden-spenderin – in diesen Bildern spiegelt sich der durch den männlichen Protest aufgepeitschte Sexualtrieb, die in der Karrikatur der Frau, in zotenhaften galligen Ergüssen, in Anekdoten und Schwänken, in herabsetzenden Vergleichen ihr Gegenstück haben. Ebenso drängt das nervöse spießbürgerliche Mannesbewußtsein und die Gier nach Überlegenheit zu gefesteten Überzeugungen, deren Entwertungstendenz dahin geht, der Frau die Gleichberechtigung, zuweilen auch die Daseinsberechtigung abzuspochen...¹

...Ein anderer Weg, die narzißtische Narbe nicht allzu schmerzhaft fühlbar werden zu lassen, liegt in derjenigen Haltung des Mannes, die FREUD als den Hang zur Erniedrigung des Liebesobjekts beschrieben hat. Wenn der Mann die auf gleichem Niveau stehende oder gar überlegene Frau nicht begehrt – sollte er da nicht sein bedrohtes

Reaktion auf *fridolin* Nr. 52, Artikel Seite 7, Jänner 1991 (c) by The Fans of Gwendoline

MÄNNER

über die geistige Beschränktheit aller weiblichen TU-Studentinnen

Die Kommunikation- und Sprache- Vorlesung zeigte im *fridolin* Nr. 52 ihre erste meßbare Wirkung: Die vollständige **Verblödung** eines Studenten, ausgedrückt in einem Artikel, der jeder normalen Auffassung spottet. Es ist bezeichnend für unsere Gesellschaft, daß Kritik an **einer** Frau (bzw. ihrem Vortragsstil, ihren Aussagen, ...) als repräsentativ für die Kritik an allen Frauen genommen wird. Daß Frauen technisch unbegabt sind, ist nicht zu diskutieren sondern eine Tatsache. Daß sie sich besser am Herd und im Bett machen, als auf österreichischen Universitäten, ist jedem vernünftigen Menschen (Mann) klar. Warum also die Aufregung, über den Unsinn, den so eine anarchistische Rockerbraut mit Russischem Getränkeamen (Wodka, oder so ähnlich...) in dem bringt, was **sie** Vorlesung nennt. Daß, laut *fridolin*, 50 Leute in einer Pflichtvorlesung waren, zeigt eindeutig die Qualität dieser Vorlesung bzw. zumindest die mangelnde Akzeptanz. An wem kann das wohl liegen ... ? Außerdem muß bezüglich der im *fridolin* kritisierten Vorgangsweise eine Richtigstellung vorgenommen werden: Die Vortragende hat ihre eigene Auffassung von **objektivem** Vortragsstil. Während der Mann, der in der Gerichtsverhandlung freigesprochen wurde, "**natürlich schuldig**" war (wörtliches Zitat!), war die Frau "**selbstverständlich unschuldig**", was eindeutig gegen unseren Rechtsgrundsatz verstößt, und, nebenbei, rassistisch und männerfeindlich war, aber **das** darf **frau** ja sein, wehe jedoch, **mann** sagt die Wahrheit über Frauen.

Schlußwort:
Frauenfeindlichkeit ist auf der TU ohnehin nicht möglich, denn wie der alte Spruch schon sagt: *Kavallier bin ich nur zu Damen*, so stellt sich die Frage, welche, laut Geburtsschein *weibliche* Individuen man als *Frau* bezeichnen könnte. (Frauen sind für uns Wesen, die sich ihrer Weiblichkeit bewußt sind und zu ihr stehen. Dazu gehört auch die Erkenntnis der Unbegabtheit für technische Belange.)

P.S.:
Angeblich haben Informatikstudenten vor Frauen ziemliche Angst. Weiters wäre es angeblich nicht verwunderlich, wenn sie ihren Kolleginnen auch nachpiffen oder unter den Rock griffen. Ein kleiner Widerspruch: Wie kann **mann** etwas angreifen, vor dem **mann** Angst hat. Es könnte ja beißen.

Selbstgefühl nach dem so äußerst zweckmäßigen Prinzip der sauren Trauben schützen? Bei der Dirne oder der leicht zugänglichen Frau braucht man keine Abweisung, keine Anforderungen auf sexuellem, ethischem oder intellektuellem Gebiet zu fürchten, kann man sich als der Überlegene fühlen...²

P.S. Besorgte MitarbeiterInnen der *fridolin*-Redaktion haben für die

Verfasser dieses anonymen Flugblatts eine Liste mit einigen in Wien praktizierenden PsychaterInnen und PsychoanalytikerInnen zusammengestellt, die in der Fachschaft jederzeit abgeholt werden kann.

gabi & peter

¹ A. Adler: Über den nervösen Charakter (Fischer T.b. Verlag GmbH, Okt. 1972), erstmals veröffentlicht im Jahre 1912

² K. Horney: Die Angst vor der Frau (Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse, 1932, XVIII, H.1, S. 5-18)

KUWAIT



Anfang oder Ende?

In einer aufsehenerregenden BBC-Diskussion ging es um die (vertanen?) Chancen für eine neue Weltordnung. Die folgende Diskussion wurde dem Wochenend-EXTRA der WIENER ZEITUNG vom 8.2.1991 entnommen.

Univ.-Prof. Dr. Noam Chomsky: Professor für moderne Sprachen und Sprachforschung am Institut für Technologie der Universität von Massachusetts in den USA. Er gilt als moderner großer links-liberaler Vordenker der amerikanischen Intelligenz.

Roy Jenkins war lange Jahre Labour Dissident vom rechten Parteiflügel, gründete zusammen mit David Owen und Shirley Williams die Sozialdemokratische Partei, die er allerdings durch die Vereinigung mit den Liberalen zur Partei der Liberal-Demokraten wieder auflöste. Er wurde geadelt, heißt nun amtlich Lord Jenkins of Hillhead und ist derzeit Führer der Liberal-Demokraten im Oberhaus (House of Lords).

Die USA und Großbritannien hätten in Wirklichkeit von Anfang an keine friedliche Lösung der Kuwaitkrise gewollt, sondern den Sturz von Saddam Hussein und die Zerstörung

der irakischen Armee, weil sie traditionell Eigeninteressen verfolgten und immer wieder die Durchsetzung des internationalen Rechtes über die UNO mit Vetos blockiert hätten.

Der Golfkrieg sei unvermeidlich geworden, weil alle Friedensbemühungen, Saddam Hussein zum Abzug aus Kuwait zu bewegen, gescheitert seien. Nun biete sich die große Chance eines Neuanfangs für die UNO, die Welt und die Menschheit. - Diese kontroversiellen Standpunkte vertraten in einer BBC-Diskussion Noam Chomsky, Professor für Sprachwissenschaften am Institut für Technologie der Universität von Massachusetts, und Lord Roy Jenkins von Hillhead, Führer der Liberal-Demokraten im britischen Oberhaus. Ferdinand Hennerbichler fasste Auszüge diese Streitgesprächs zusammen:

Frage: Professor Chomsky, Sie glauben doch nicht wirklich, wir sollten den Irak Kuwait erobern lassen und nichts dagegen tun?

Chomsky: Sicherlich nicht. Ich glaube auch nicht, wir sollten Indonesien Osttimor erobern lassen oder die Vereinigten Staaten Panama, die Türkei in Nordzypern einmarschieren und faktisch annektieren lassen, ich glaube, wir sollten überhaupt nichts dergleichen tun. Ich denke auch, es gibt angemessene Mittel, auf Aggression zu reagieren. Ich wünsche mir nur, die amerikanische und britische Regierung würden mit mir darin übereinstimmen. Angemessene Mittel meint nicht,

gegen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates, die Aggression rückgängig zu machen versuchen, kein Veto einzulegen. - Die übliche Praxis von England und der Vereinigten Staaten. - Die richtige Methode ist die, friedliche Mittel einzusetzen, wie sie das internationale Recht vorsieht. Das ist nicht geschehen.

Frage: Lord Jenkins, was ist so speziell an Kuwait? Wir haben nichts in Fällen wie Osttimor, Tibet oder all diesen anderen Krisenregionen getan. Ausgerechnet in Kuwait gibt es Krieg?

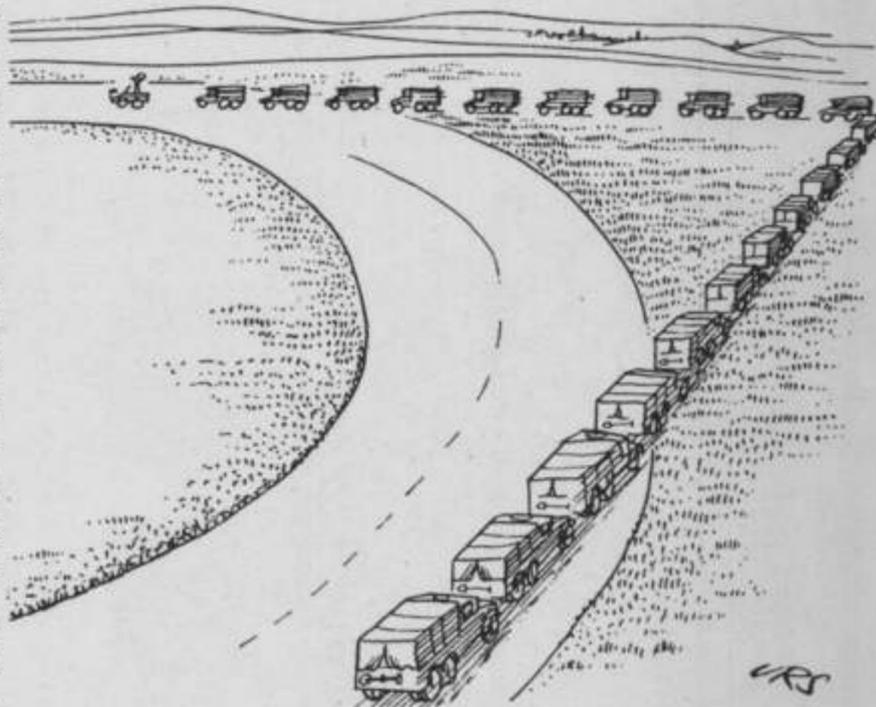
Jenkins: Es ist ziemlich traurig, daß wir anderswo nichts getan haben. Da stimme ich mit Professor Chomsky überein. Aber weil wir Dinge in der Vergangenheit nicht richtig gemacht haben, jetzt zur Ansicht zu kommen, wir könnten niemals mehr in der Zukunft korrekt handeln, ist eine zutiefst pessimistische Einstellung. Sie würde bedeuten, es könnte keine humanitäre Besserung mehr geben. Der Standpunkt, etwas besser als in der Vergangenheit zu machen, hieße, unfair zur Vergangenheit zu sein, scheint mir Unsinn zu sein. - Und ein anderer wichtiger Faktor ist der: die Vereinten Nationen waren in den 45 Jahren ihrer Existenz durch eine große Spaltung der Supermächte weitgehend gelähmt: durch den Kalten Krieg. Nun haben wir ein paar kurze Monate, wo wir davon frei sind und eine gewisse Übereinstimmung unter den großen Mächten feststellbar ist. Wir wissen natürlich nicht, wie lange dies anhält, und was etwa im Baltikum passieren wird, aber

noch gibt es gewisse Übereinstimmungen. Und das sollte ein ganz besonderer Grund sein, zu versuchen, den Vereinten Nationen in Krisensituationen wie diesen Autorität zu verschaffen.

Frage: Professor Chomsky: Kuwait wäre also eine Chance?

Chomsky: Lassen sie mich zur Rolle der UNO sagen: Es wäre schön, würden England und die Vereinigten Staaten ihre Politik radikal ändern und anfangen, Grundsätze des internationalen Rechtes und kollektiver Sicherheit durchzusetzen. Aber ich kann nicht erkennen, daß sie dies tun. Zum Beispiel: Indonesien kämpft noch immer in Osttimor, setzt dort seine Unterdrückung fort, Osttimor ist annektiert. England war und ist neben den USA einer der militärischen Hauptlieferanten an Indonesien und stellte damit sicher, daß diese Aggression fortgesetzt werden kann. Wenn diese Veränderung, von der Lord Jenkins glaubt, sie wäre eine gute Idee, wirklich stattfindet, schön und gut. Dann bombardieren wir doch auch Jakarta! Oder stoppen wir als Vorbeugemaßnahme wenigstens die Waffenlieferungen an Indonesien, damit es die Aggression in Osttimor wenigstens nicht fortsetzen kann. - Ich könnte jetzt einen ähnlichen Fall nach dem anderen zitieren. Der einzige Unterschied zwischen den Fällen von Kuwait und Osttimor ist: Kuwait ist ein Fall von Aggression, die England und die Vereinigten Staaten einfach nicht wollen. Und was die UNO betrifft: Wir können die These, die UNO wäre durch Großmachttrivialitäten weitgehend gelähmt gewesen, widerlegen. Wir brauchen uns nur die Vetos im Sicherheitsrat der UNO anschauen. Ich kann Ihnen sagen, wie das Ergebnis aussieht: in den vergangenen 20 Jahren haben die Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat mit Abstand die meisten Vetos eingelegt. An zweiter Stelle liegt England. An

dritter Stelle rangiert weit dahinter Frankreich. Am vierten Platz kommt die Sowjetunion mit weniger als einem Drittel der Vetos, die Großbritannien eingelegt hat, und rund einem Siebentel der Vetos der Vereinigten Staaten. Die USA und England zeichnen für etwa 80% aller Vetos im Sicherheitsrat. Wenn man sich die einzelnen Fälle ansieht, zeigt sich, daß der Kalte Krieg so gut wie nichts damit zu tun hatte. Sie hatten lediglich mit der Einstellung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zum internationalen Recht zu tun.



Militärkolonne, computergesteuert

Jenkins: Das ist nicht die entscheidende Frage, sondern die Tatsache, daß Vetos praktisch an jeder wichtigen Frage die Welt gespalten haben. Ich weiß zwar nicht, ob wir es schaffen werden, in Zukunft derartige Fragen besser zu regeln, ich bin aber entschieden gegen die Einstellung, die besagt: weil man nie alles recht machen kann, kann man nie etwas richtig machen.

Chomsky: Das behaupte ich nicht.

Jenkins: Meine Ansicht ist: Kuwait ist die unmittelbarste Herausforderung der Gegenwart. Es gibt sehr wohl die Möglichkeit, etwas zu unternehmen, und wir sollten daraus einen Erfolg machen. Wenn wir diese Koalition in der UNO schon mühsam zusammengebracht haben, und wir würden sie nun im Sand verlaufen lassen, dann werden wir die UNO nie mehr mobilisieren können.

Frage: Aber sie können doch nicht damit argumentieren, daß die UNO irgendein Weltgewicht im Vorderen Orient hätte ohne die Militärmacht der USA? Und es ist doch auch nicht zu bestreiten, was Professor Chomsky sagt, daß sich die USA deshalb so sehr um Kuwait engagieren, weil dies in ihrem vitalen Interesse liegt?

Jenkins: Ohne Militärmacht kann die UNO in Situationen wie diesen niemals ihren Willen durchsetzen. Um Weltautorität durchzusetzen, braucht man ein Zusammenwirken von moralischer Autorität der UNO und einer Militärmacht. Etwa jener der USA. Ob einem dies paßt oder nicht, aber so ist die Wirklichkeit. Ließe man diese Gelegenheit verstreichen hätte man meiner Überzeugung nach überhaupt keine Weltautorität mehr. Weder die moralische Autorität der UNO noch die Militärmacht der USA. Wir würden eine Welt haben, die chaotisch wäre, unbegrenzt erpreßbar und ohne jede Autorität.

Chomsky: Die Politik der USA und Großbritanniens orientiert sich in Krisenfällen wie diesen nicht im geringsten an Grundsätzen. Das läßt sich leicht demonstrieren. Selbst zum Zeitpunkt, wo sie die Aggression gegen Kuwait bekämpfen, unterstützen sie andere Aktionen von Aggression. Die Invasion Indonesiens in Osttimor hat vermutlich bereits 700.000 Todesopfer gefordert. Die USA und Großbritannien unterstützen sie dennoch weiter. Die USA sind sogar stolz darauf, die UNO daran gehindert zu haben, einzugreifen. Was wäre, wenn Saddam Hussein heute daherkäme und sagte: Ich habe plötzlich die Werte des internationalen Rechts entdeckt, und deshalb - nur deshalb - bombardiere ich Israel. Ich feuere Raketen auf Israel ab, weil ich mich geändert habe und nun die Heiligkeit des internationalen Rechts anerkenne, und weil ich so entschieden gegen die Annektierung der Golanhöhen bin, deshalb bombardiere ich Israel. Wir würden

darüber lachen. Und jede vernünftige Person wird aus ganz genau demselben Grund auch lachen, wenn die beiden führenden Gegner des internationalen Rechtes und der kollektiven Sicherheitsfunktion der UNO, die USA und Großbritannien, der Welt weismachen wollen, sie wollten plötzlich doch internationales Recht einhalten. Die UNO hat sich mit überwältigender Mehrheit auf die Optionen Wirtschaftsblockade und Diplomatie festgelegt. Nur die USA und GB haben seit Beginn dieser Krise immer wieder darauf bestanden, daß sie mit Gewalt gelöst werden sollte. Es ist ganz offensichtlich, daß es Möglichkeiten zu einer diplomatischen Lösung gegeben hat, und daß der einzige Grund, warum wir nicht wissen, ob diese Chancen seriös gewesen sind, darin liegt, daß die USA immer die feste und unveränderliche Position vertreten haben, es würde keine Verhandlungen mit dem Irak geben. Dagegen hat es viele Vermittlungsangebote gegeben und sogar hohe US-Beamte haben diese als aussichtsreich bezeichnet. Die Iraker haben auch Bereitschaft zu verstehen gegeben, Kuwait zu räumen. Die US-Reaktion war: Wir müssen alle diese diplomatischen Wege blockieren.

Jenkins: Ich habe großen Respekt vor Professor Chomsky als Sprachwissenschaftler, aber ich habe jetzt wirklich in mehrfacher Hinsicht Unsinn gehört. Wer behauptet, diplomatische Verhandlungen wären überhaupt nicht ernstlich geführt worden, brauche nur UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar ins Gesicht zu sehen, als er von seinem Besuch aus Bagdad zurückkam und im Irak sein Bestes versucht hatte. Dann gab es auch eine französische Initiative. Nichts konnte mit Verhandlungen erreicht werden! Es ist wirklich schrecklicher Unsinn, Erklärungen abzugeben, GB und die USA würden sich nicht im geringsten an das internationale Recht gehalten haben. Kein Zweifel: Es gibt

die Vermengung von Grundsätzen und Eigeninteressen. Das gibt es in Handlungen aller Menschen. Sicherlich stimmt auch, daß viele Dinge nicht richtig gehandhabt wurden. Aber: es ist nicht wahr, das Ganze sei eine Extratour der USA und Großbritanniens. Was macht dann die französische Luftwaffe am Golf? Und die italienische Luftwaffe? Was tut die saudiarabische Luftwaffe? Extreme Statements dieser Art sind einfach nicht wahr: Dagegen ist richtig: Alle Nationen dieser Welt sind motiviert von einer Mischung aus Eigeninteresse und manchmal

der Welt erzielen sollte, die ich in meinem Leben je gehört habe: Weil man nicht alles richtig machen kann, würde man gar nichts recht machen können. Dagegen wehre ich mich entschieden...

Chomsky: ...lassen Sie mich ausreden...

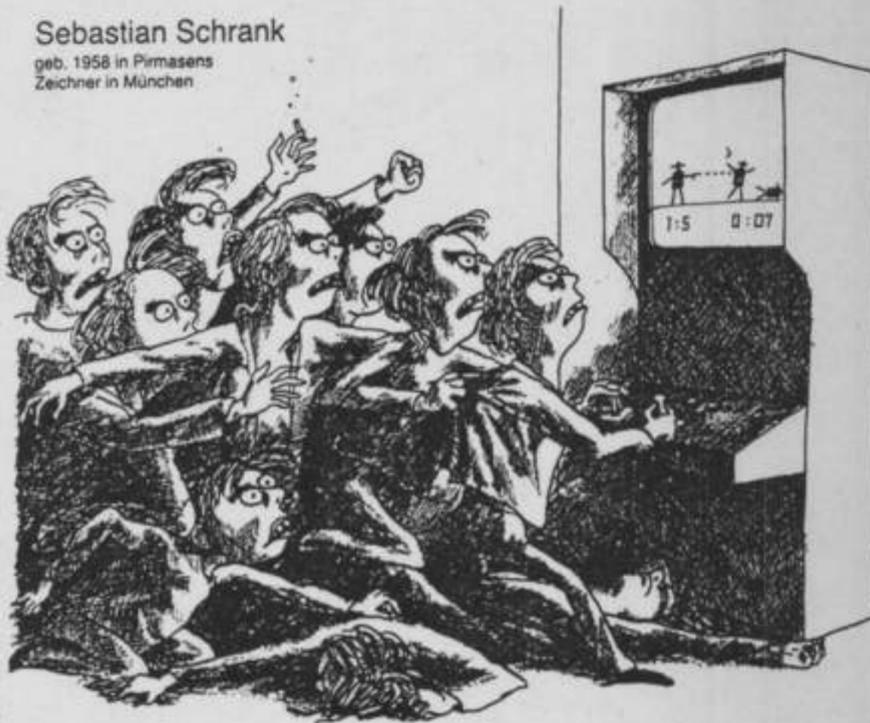
Frage: Professor Chomsky: Hoffen Sie Saddam Hussein würde diesen Krieg gewinnen oder verlieren?

Chomsky: Natürlich wird er ihn verlieren. Ich war schon gegen Saddam Hussein und habe versucht, Waffenlieferungen an ihn zu stoppen, als ihn die USA und Großbritannien noch aktiv unterstützt haben. Ich mache dies seit Jahren. Ich habe meine Politik nie geändert. Anders als jene Zyniker, die ihre Politik aus Zweckmäßigkeit immer wieder adaptieren. Die richtige Methode, kollektive Sicherheit zu erreichen, müßte sein: a.) Die USA und Großbritannien sollten aufhören, Aggression weltweit zu unterstützen, sollten aufhören, Aggression zu tolerieren

und sich daran zu beteiligen, wie sie dies in vielen Fällen tut; b.) im konkreten Fall der Aggression Saddams Husseins gegen Kuwait wäre die richtige Methode, diplomatische Optionen und Sanktionen zu verfolgen. Das ist nicht geschehen. Die USA haben sich geweigert, Friedensoptionen ernstlich zu verfolgen.

Jenkins: Mein letztes Wort ist: Wenn man eine Streitfrage dieser Dimension hat, ist nichts einer Lösung abträglicher, als zu sagen: „Schau' hier nicht hin, dort nicht, geh' zurück in die Vergangenheit, krame die alten Akten raus, schau' Dir alles mögliche an, nur nicht die entscheidende Frage, die sich Dir derzeit konkret stellt.“ Ich bin dafür, daß wir uns auf die brandaktuelle Kuwaitfrage konzentrieren, und versuchen, einen neuen, guten Anfang für die UNO, die Welt und die ganze Menschheit zu machen.

Sebastian Schrank
geb. 1958 in Pirmasens
Zeichner in München



größeren internationalen Interessen. Je mehr internationale Interessen im Vordergrund stehen und je weniger Eigeninteressen zum Tragen kommen, umso besser. Aber eine Kombination von beiden kann auch zu einem guten Ergebnis führen. Und wenn nicht, würde die UNO als einzige Institution zerstört, die effektiv ihre Autorität in der Welt durchsetzen kann.

Chomsky: Ich stimme insofern zu, daß die Kuwaitkrise einen Präzedenzfall abgegeben hätte, Fortschritte zu einer kollektiven Sicherheit auf der Welt zu erzielen. Erstmals wäre es möglich gewesen, anstatt die UNO zu blockieren, was die USA und Großbritannien immer gemacht haben, über die UNO kollektive Sicherheit aufzubauen...

Jenkins: Das ist die defätistischste Einstellung, wie man Fortschritt auf

PRÜFUNGSORDNER

MITTEILUNG IN EUREM INTERESSE

Ihr anerkennt den unschätzbaren Wert eines funktionierenden Prüfungsordners zur Prüfungsvorbereitung. Vielleicht könnt Ihr Euch auch vorstellen, daß die Betreuung desselben eine Menge Arbeit verursacht. Leider müßtet Ihr in letzter Zeit feststellen, daß Öffnungszeiten des Prüfungsordners nur mehr sporadisch sind.

AUSSERDEM

Müßten wir leider feststellen, daß Euer Interesse nur an den kopierten Zetteln liegt und nicht an einer tatkräftigen Unterstützung bei der Organisation des Prüfungsordners.

DAHER

bedauern wir, wegen Mitarbeitermangel die Einstellung des Prüfungsordners noch während des Sommersemesters bekanntgeben zu müssen.

KONSEQUENZ

Bei Interesse an dem Fortbestand dieser nützlichen Einrichtung, mögen sich aktive KollegInnen bei mir (hasi, Fachschaft Informatik 58801/8118) melden.

ÖFFNUNGSZEITEN

Hiermit geben wir euch die neuen sporadischen Öffnungszeiten des Prüfungsordners an: Ab 11.3.1991 werden Prüfungsangaben ausschließlich am **Mittwoch von 11⁰⁰ bis 12³⁰** verkauft.

hasi

Proseminar-Ankündigung

Thema: Rüstung – Informatik – gesellschaftliche Verantwortung – Der Hightech-Krieg am Golf

Veranstalter: P. Fleissner / W. Hofkirchner

Voraussetzungen: keine

Ziel: Aufbau einer Datenbank zur "militärischen Technikfolgenabschätzung" in HyperCard auf Apple Macintosh

Vorbesprechung: war am Mo, 11.3.1991, im Inst. f. Gestaltungs- und Wirkungsforschung, Abt. f. Sozialkybernetik.

StudentInnen mit großem Interesse können eventuell noch einsteigen!

LEONARDO
D A
VINCI



TEXTIMPRESSIIONEN:

GELESEN VON
LÖFTINGER, HUMMERNBRUM UND HINTERBERGER

MUSIKALISCHE VARIATIONEN:

RENAISSANCE-ENSEMBLE "LYRA"

Gedankenflüge

FESTSAAL DER TU -WIEN, KARLSPLATZ 13, 1040 WIEN
MITTWOCH, 20. MÄRZ 1991 BEGINN:19.30H

MIT UNTERSTÜTZUNG DER HTU - KULTURREFERAT

Volkszählung

am 15. Mai 1991 in Österreich

*Mit Stichtag 15. Mai 1991
soll nach 10 Jahren wieder
eine Befragung der
Einwohner Österreichs –
die sogenannte
Volkzählung – stattfinden.*

Was wird gefragt?

Die Volkzählung, die in Österreich seit 1857 durchgeführt wird und ursprünglich nur aus 8 Fragen zur Person bestanden hat (Name, Heimatadresse, Aufenthaltsort, Geburtsdatum, Geschlecht, Religion, Familienstand, Erwerbsquelle), wird seitdem von Mal zu Mal detaillierter, wobei der Fragenkatalog erst seit der Verwendung von EDV erheblich erweitert wurde. 1981 gab es im Fragebogen (Personenblatt) Fragen zu Name, Anschrift, Geschlecht, Geburtsdatum, Familienstand, Kinderanzahl, Stellung im Haushalt, Staatsbürgerschaft, Religionsbekenntnis, Umgangssprache, Wohnort vor 5 Jahren, Ausbildung, Lebensunterhalt, Beruf, Wirtschaftszweig und dem Weg zur Arbeitsstätte.

Zusätzlich wurden auch bisher schon weitere Fragen gestellt, die im Volkzählungsgesetz nicht vorgesehen und damit gar nicht erlaubt sind. Bei der Volkzählung 1991 sind das z.B.: die Telefonnummer (auf der Zählungsliste), Datum der Eheschließung, Name und Adresse

des Arbeitgebers oder der Schule (Hochschule), kulturelle, sportliche, soziale und politische Betätigungen.

Anfang 1990 wurden in einer Novelle zum Volkzählungsgesetz folgende neue Fragen zur Feststellung des Mittelpunktes der Lebensbeziehungen beschlossen: Nebenerwerb, Art der Unterkunft, Aufenthaltsdauer, Gemeinde des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte, Ort, von wo der Arbeitsweg angetreten wird, ordentlicher Wohnsitz der übrigen Familienmitglieder, Gemeinde der Ausbildungsstätte oder des Kindergartens der Kinder, Funktion in öffentlichen oder privaten Körperschaften (Ergänzungsblatt zur Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes).

Wozu wird diese Befragung eigentlich durchgeführt?

- der ordentliche Wohnsitz wird erhoben, um die Zahl der **Abgeordneten** in den Wahlkreisen **für die Nationalratswahl** festzustellen (Artikel 26 Bundes-Verfassungsgesetz). Ebenso wird die Anzahl der von den Bundesländern in den Bundesrat zu entsendenden Mitglieder festgestellt (Artikel 34 Bundes-Verfassungsgesetz).
- bestimmte Steuern (darunter Einkommenssteuer und Umsatzsteuer) werden zwischen Bund (d.h. der Republik Österreich), Ländern und Gemeinden nach der Anzahl der jeweils in den einzelnen Gemeinden (Ländern) lebenden Personen mit ordentlichem Wohnsitz in dieser Ge-

meinde (Bundesland) aufgeteilt (§ 8 **Finanzausgleichsgesetz**).

- die restlichen Fragen werden gestellt, um „den **Aufbau der Wohnbevölkerung** im ganzen Bundesgebiet“ zu ermitteln (§ 2 Volkzählungsgesetz). Diese Ergebnisse werden vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (ÖStZ) in mehreren Broschüren publiziert und Interessenten gegen Entgelt in der Datenbank ISIS zur Verfügung gestellt.
- 1991 werden erstmals weitere Fragen nach gesellschaftlicher, politischer, beruflicher und wirtschaftlicher Betätigung gestellt, um zu überprüfen, welcher Wohnsitz der „ordentliche Wohnsitz“ ist. Personen mit mehreren Wohnungen müssen dazu auf dem Ergänzungsblatt Angaben über ihre persönlichen Lebensumstände machen, mit denen ihre Wohnsitze kontrolliert werden können.

Wie läuft die Volkzählung ab?

Die nächste Volkzählung wird am 15. Mai 1991 gemeinsam mit einer Häuser-, Wohnungs- und einer Arbeitsstättenzählung durchgeführt (hier ist jeweils ein Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenblatt mit ca. 50 weiteren Fragen zu beantworten).

In kleineren Gemeinden (unter 5.000 Einwohner) werden die Bewohner üblicherweise auf das Gemeindeamt vorgeladen und die Erhebungsblätter von einem Gemein-

debediensteten durch mündliche Befragung ausgefüllt. In manchen Gemeinden werden die Fragebogen vom Gemeindeamt aus den vorliegenden Unterlagen ausgefüllt und die Einwohner zur Unterschrift vorgeladen. Diese Vorgangsweisen entsprechen aber nicht dem Volkszählungsgesetz (§ 5 Abs. 2 bis 4). Niemand ist verpflichtet, auf ein Amt zu gehen oder einem Gemeindebediensteten etwas über sein Privatleben zu erzählen!

In den größeren Gemeinden werden Zählorgane eingesetzt, die die Erhebungspapiere ab dem 2. Mai 1991 nach der EDV-Adreßliste des ÖStZ und dem Melderegister (auch der Wählerevidenz) der Gemeinde in den einzelnen Haushalten abgeben. In den größeren Gebäuden werden die Fragebogen oft dem Hausmeister übergeben, der sie an die Hausbewohner weiterleitet.

*Es besteht keine
Verpflichtung, den Zähler
in die Wohnung zu
lassen!*

In Wien werden vornehmlich Post- und Polizeibeamte (wegen ihrer Ortskenntnis), Lehrer (geschult im Umgang mit unwilligen Kindern) und Gemeindebedienstete als Zähler verwendet und üblicherweise in der Nähe ihrer eigenen Wohnung oder ihres Dienstrayons eingesetzt. Ein modernes Blockwart-System! Auch Wünsche der Zähler nach ihrem Einsatzort werden berücksichtigt. Da es 1981 aber einigen Unmut unter den Beamten gegen ihre zwangsweise Verpflichtung zum Zähler gegeben hat, will die Gemeinde Wien 1991 mehr freiwillige Zähler einsetzen. Eventuelle Interessenten können sich ab sofort bei der MA 66, 1016 Wien, Volksgartenstraße 3, melden (Tel: 4000 – DW 8066, 88 652 oder 88 654). Jeder Zähler hat etwa 50 Wohnungen zu zählen und bekommt dafür ca. 4000,- ö.S. fixes Entgelt. Dazu kommen noch die Prämien für gezählte Personen.

Nach dem Stichtag der Volkszählung, dem 15. Mai, werden die Fragebögen von den Zählern wieder eingesammelt. Bei der Abholung in der Wohnung kontrolliert der Zähler, ob alle Fragen ordnungsgemäß beantwortet sind. Bei mangelhafter Beantwortung wird der Zähler versuchen, den Fragebogen selbst unter Rückfragen vollständig auszufüllen.



Die Gemeinde Wien hat ihre Zähler 1981 angewiesen, auch die Richtigkeit der Angaben an Ort und Stelle zu überprüfen. Das ist aber ein Verstoß gegen das Volkszählungsgesetz, denn die Gemeinden dürfen nur prüfen, ob ein Fragebogen vollständig ausgefüllt ist! (§ 6 (2) Volkszählungsgesetz).

Sollte eine Person keinen Fragebogen ausgefüllt haben (z.B. auch wegen Abwesenheit oder Urlaub), so befragt der Zähler Nachbarn oder den Hausbesorger und füllt den Fragebogen ersatzweise aus. Auch aus den im Gemeindeamt vorliegenden Unterlagen kann der Fragebogen – soweit möglich – nachträglich ausgefüllt werden. Viele, vor allem kleinere Gemeinden nehmen es aber nicht so genau und leiten auch unvollständig ausgefüllte Fragebögen weiter.

Zusatzerhebungen und -kontrollen der Gemeinden

Die Gemeinden sind an einer möglichst großen Einwohnerzahl mit ordentlichem Wohnsitz in ihrer Gemeinde interessiert. Der ordentliche Wohnsitz wird dabei nicht etwa nach der polizeilichen Meldung bestimmt, sondern nach dem Mittelpunkt der Lebensbeziehungen einer

Person! Je mehr solche Einwohner eine Gemeinde hat, desto mehr Steuergelder, die von den Finanzämtern zentral eingehoben werden, werden als sogenannter Finanzausgleich an diese Gemeinde ausbezahlt. Die Gemeinde Wien rechnet für jede Person, die 1991 zu Wien gezählt wird, insgesamt mit 150.000,- ö.S. in den nächsten 10 Jahren (unabhängig davon, ob diese Person wieder wegzieht oder verstirbt).

Unglücklicherweise wird jetzt aber die Volkszählung nicht nur von neutralen Statistikern durchgeführt, sondern auch von den Gemeinden selbst. Seit langem wird daher von einzelnen Gemeinden versucht, ihre Einwohnerzahl bei der Durchführung der Volkszählung nach oben zu korrigieren. Sie müssen nur nachweisen, daß z.B. Studenten, Pendler oder Besitzer von Wochenendhäusern den Mittelpunkt ihrer beruflichen, sozialen oder politischen Betätigung in dieser Gemeinde haben (und nicht etwa in einer anderen).

*Die Gemeinde Wien
rechnet für jede Person,
die zu Wien gezählt wird,
mit 150.000,- ö.S.*

Nachdem 1971 bei der Volkszählung z.B. in Niederösterreich diverse Förderungen, Baugenehmigungen, etc. versprochen wurden, wenn sich jemand am Ort des Zweitwohnsitzes zählen ließ, hatte daher die **Gemeinde Wien** bei der Volkszählung 1981 aus ihren Verwaltungsdaten im Rathauscomputer eine eigene **Datenverarbeitung zur Kontrolle** der Fragebögen **erstellt**. Diese enthielt Angaben über z.B. Kraftfahrzeugkennzeichen, Lohnsteuerkarte, geförderte Wohnungen (Genossenschafts-, Eigentums- oder Gemeindeförderungen), Beanspruchung von sozialen Diensten bzw. Beihilfen der Stadt Wien und die Schule der Kinder. Die Daten wurden den Personenstandsbüchern der Standesämter, den

Haushaltslisten der Finanzämter, der Schulpflichtmatrik, usw. entnommen. Hier wurden alle Personen verzeichnet, von denen angenommen wurde, daß sie zu Wien ein Naheverhältnis haben.

Zusätzlich wurde den Zählern aufgetragen, weitere Erhebungen anhand eines von der Gemeinde Wien entworfenen **Zusatzfragebogens** durchzuführen. Darunter befanden sich Fragen über den Familienverband, die Benützung der Wohnung, den Antritt des Arbeitsweges (Wie oft übernachtet Du bei deiner Freundin? – vielleicht wissen es deren Nachbarn oder der Hausbesorger!) oder den Kindergartenbesuch der Kinder. Dieser Fragenkatalog durfte den Befragten dabei nicht gezeigt werden!

Die Gemeinde Wien hat von jedem Wiener die Angaben aus den Fragebögen der Volkszählung 1981 in ihrer EDV-Anlage gespeichert.

Erst eine Beschwerde vor der Datenschutzkommission brachte diese unglaublichen Vorgänge ans Tageslicht. Die Zähler waren angewiesen, zur Kontrolle auch nach Möglichkeit die Nachbarn oder den Hausbesorger zu befragen. Aus taktischen Überlegungen hatte die Gemeinde Wien daher schon vor der Volkszählung die Gewerkschaft der Hauswarte kontaktiert. Dank dieser Vorgangsweise hatte die Gemeinde Wien 30.000 Personen identifiziert, die sich einer anderen Gemeinde als Wien zugehörig gefühlt hatten. Anschließend beantragte Wien beim ÖStZ, daß diese Personen mit Wien als ordentlichem Wohnsitz gezählt würden. Pikanterie am Rande: Keine dieser Personen hat jemals erfahren, welcher Gemeinde sie zugeordnet worden ist.

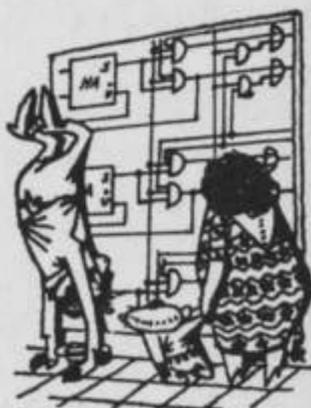
Auch heute noch hat die Gemeinde Wien von jedem Wiener Einwohner

die Angaben aus den Fragebögen der Volkszählung 1981 in ihrer EDV-Anlage gespeichert.

Ausforschung der Lebensumstände der Studenten

Nach dieser eigenmächtigen Vorgangsweise bei der letzten Volkszählung haben die Gemeinden erreicht, daß ihnen durch die Volkszählungsgesetz-Novelle 1990 jetzt formell zugestanden wird, Wohnsitze zu überprüfen und Personen für sich zu reklamieren. Es wird ein neuer, zusätzlicher Fragebogen für Personen mit zwei Wohnsitzen ausgegeben (das sogenannte „Ergänzungsblatt zur Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes“), der 9 neue Fragen enthält – aber längst nicht alle, die die Gemeinden gerne offiziell gestellt hätten. Weitere Privaterhebungen der Gemeinden sind daher zu erwarten. Nach Ende der Volkszählung können die Gemeinden dann die Wohnsitzangaben kontrollieren und formell beim ÖStZ einzelne Personen für sich reklamieren (das sogenannte Verfahren des „Hörens der Gemeinden“). Anschließend entscheidet das ÖStZ, welche Person welcher Gemeinde zugerechnet wird.

Für die Zählung 1991 hat die Gemeinde Wien den Zählern bereits eine Kopfprämie von 4,50 ö.S. pro Personenblatt zugesichert, um sie anzuregen, möglichst viele Hauptbewohner zu zählen. Zum Vergleich: für die anderen Erhebungsblätter werden ca. 50g pro Blatt bezahlt. Senatsrat Dr. Franz Satzinger, der Leiter der MA 66, hat bereits angekündigt, daß die Gemeinde Wien diesmal mehrere 100.000 (!) Personen zusätzlich für sich reklamieren will.



Vor allem Studenten, die nicht an ihrem Heimatort studieren, werden von beiden Gemeinden (Studien- und Heimatort) als Hauptbewohner begehrt. Für die Zuordnung dieser Studenten ist der Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen maßgebend. Jede Gemeinde hofft darauf, daß sie im Gefecht vor dem ÖStZ die besseren Argumente vorbringen kann, um z.B. einem Studenten nachzuweisen, daß er sich nur am Wochenende im Heimatort aufhält oder einem anderen, daß er nur einen Teil des Semesters am Studienort ist. Größere Gemeinden sammeln provisorisch Daten in ihrer EDV, kleinere Gemeinden appellieren an das Heimatbewußtsein und veranlassen ihre Gemeindebürger, mehr oder weniger freiwillig ihre persönlichen und intimen Verhältnisse offenzulegen, die die Gemeinde dann bei einer Reklamation vorbringen kann.

Die Lebensbeziehungen von Studenten, die nicht am Heimatort studieren, werden ausgeforscht

Aber soziale, kulturelle, sportliche und politische Betätigungen (faktisch der gesamte Freizeitbereich) gehen niemanden etwas an! Überdies ist das Ergänzungsblatt mit diesen Angaben bei jener Gemeinde, der man sich **nicht** zugehörig fühlt, abzugeben. In größeren Gemeinden werden diese Angaben zur effizienteren Abwicklung der Reklamationen auch im Gemeindecomputer gespeichert.

Die zuständigen Beamten der Gemeinde Wien erwägen wieder einen Zusatzfragebogen und in Niederösterreich hört man von einer Zuzuglerhilfe für Personen mit Zweitwohnsitz, die sich nicht in Wien zählen lassen. Schwierig wird es hier sicher für jene werden, die von beiden Gemeinden bedrängt oder gar unter Druck gesetzt werden, sie sollen sich – mit möglichst vielen Angaben – zu jener **und** dieser Gemeinde bekennen.

Ist die Volkszählung in anderen Ländern eine statistische Befragung durch statistische Ämter, so ist sie in Österreich eine behördliche Erhebung durch die Gemeinden!

Was wird vom ÖStZ im EDV-System ISIS gespeichert?

Im ÖStZ werden die Fragebögen mit einem Belegleser in das EDV-System eingelesen und die Angaben vom Computer automatisch auf ihre Glaubwürdigkeit geprüft.

Für jede Person, über die ein Personenblatt vorhanden ist, **wird ein Datensatz angelegt**. „Die neuen Datensätze enthalten für jede Person sämtliche Merkmale, die für die geplanten Tabellen und Datenbanksegmente vorgesehen sind, exakt in der geplanten Aufgliederung sowie in datenbanklesbarer Form. Mithilfe dieser indizierten Datensätze werden die Daten in die Datenbank ISIS (Integriertes Statistisches Informationssystem) des ÖStZ eingelagert und können dort jederzeit abgerufen werden.“ (EDV-Benutzerhandbuch des ÖStZ). Dieser Datensatz enthält die Angaben der Personenblätter dieser Person, von Lebensgefährten und Verwandten. Zusätzlich werden noch Angaben aus dem Wohnungs- und dem Gebäudeblatt gespeichert („Wer wohnt wie?“).

Die Einzeldaten werden identifizierbar, nicht anonym gespeichert.

Durch Vergleich von einzelnen Fragen sowie von Fragebögen verschiedener Personen werden mit möglichst unverfänglichen Fragen komplexe Zusammenhänge aufgedeckt, z.B. erhaltenes Kind unter 27 Jahren (d.h. Bezug der Familienbeihilfe), Haushaltstyp (Familie, Single oder Wohngemeinschaft), Anzahl der berufstätigen Kinder in der Familie, Altersabstand zum Lebensgefährten, Religion des Partners, nach Wiederverheiratung geboren, unehelich gezeugt (Vergleich Geburts-

datum mit Eheschließungsdatum der Eltern), Anzahl der unehelichen Kinder.

Dieser Datensatz enthält nicht den Namen, wohl aber Geburtsdatum und Anschrift, ist also namenlos, aber nicht anonym. In den meisten Fällen wohnen an einer Anschrift ja nicht zwei Personen mit demselben Geburtsdatum. Über Geburtsdatum und Anschrift kann auf so gut wie jede Person zugegriffen werden.

Die hohen Kosten für die Durchführung der Volkszählung (ca. 700 Millionen ö.S.) machen es notwendig, daß diese Gelder zumindest teilweise über den Verkauf der Volkszählungs-Ergebnisse wieder hereingebracht werden. An den Rechner des ÖStZ **kann** sich daher **jedermann** kostenpflichtig über Datenleitungen zum Direktzugriff anschließen lassen und **gegen Entgelt Daten abrufen**.

An den Rechner des ÖStZ kann sich jedermann zum Direktzugriff anschließen lassen.

Fast alle größeren Behörden (Bundesministerien, Landesregierungen, usw.), sowie die Handels- und Arbeiterkammern haben Online-Verbindungen zum EDV-Zentrum des ÖStZ. Für einen angeschlossenen Benutzer sind ohne weiteres auch spezielle Zugriffe und Auswertungen möglich. „Durch ein Abfrageprogramm können Personen mit bestimmten Merkmalskombinationen gelistet werden.“ (z.B. nach Geburtsdatum und Anschrift).

Neuerdings wird in der Verkaufsbroschüre des ÖStZ der problemlose Zugriff auf „kleinräumige Gebiete“ angeboten, die „unter Angabe der betroffenen Gemeinden, Zählsprenkeln und Hauskennziffern definiert werden. Der Benutzer benötigt hierzu jedoch einen Ausdruck der Adreßdatei, um die Adressen in die Kennziffern des ÖStZ umsetzen zu können.“ (Benüt-

zerhandbuch für die Volkszählungsdaten 1981) Das Benutzerhandbuch der Datenbank ISIS sagt es noch deutlicher: „Mit der operativen Datenspezifikation können einzelne Daten, Datenreihen und zweidimensionale Tabellen angefordert werden.“

Die Weitergabe ist jetzt schnell, einfach und unauffällig möglich.

War früher die Volkszählungs-Auswertung nach außen abgeschlossen und eine Weitergabe zu aufwendig und umständlich, so wurde jetzt die Infrastruktur mit den technischen Möglichkeiten geschaffen, einfach und schnell einzelne Angaben herauszusuchen und weiterzugeben. Der Zugriff, auch auf große Datenmengen, ist einfach und hinterläßt keine Spuren („Was niemand weiß, macht niemanden heiß!“). Für einen Teil der Benutzer – vor allem für Private – wird der Zugriff vom ÖStZ durch Software-Sicherungen eingeschränkt. Diese Sicherungen sind aufwendig, aber kontrollieren nur unzureichend. Erfolgt ein unbefugter Zugriff, so wird er in der Regel nicht bemerkt.

Hofrat Klein vom ÖStZ drückte es vorsichtig aus: „Es gibt keine perfekten Sicherheitssysteme. Auch im ÖStZ nicht.“ Und ein EDV-Experte formuliert es so: „Datenströme fließen dahin, wohin du nicht willst und wovon du nichts weißt.“

Wozu werden die Volkszählungsdaten verwendet?

Die statistischen Auswertungsergebnisse werden vorgeblich für die **Planung bebördlicher Vorhaben** benötigt. Es werden aber nicht die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung erhoben, sondern der Ist-Zustand. So muß z.B. eine Angestellte in den Fragebogen eintragen, daß sie mit dem Auto zur Arbeit fährt, obwohl sie lieber ein öffentliches Verkehrsmittel benutzen

Literatur zur Volkszählung

- Österreichisches Statistisches Zentralamt, Volkszählung 1971. Erfahrungsbericht
- Österreichisches Statistisches Zentralamt, Volkszählung 1981. Benützerhandbuch, Wien 1987
- Österreichisches Statistisches Zentralamt, Das Integrierte Statistische Informationssystem, Wien 1982
- Jürgen Taeger (Hrsg.), Die Volkszählung, rororo, Hamburg 1983

Ausführliche und detailliertere Informationen über die Volkszählung 1991, wie z.B. die genauen Daten, die im Österreichischen Statistischen Zentralamt gespeichert werden, wer aller darauf zugreifen kann, die Datenverarbeitungen der Gemeinde Wien, alle Fragebögen, die gesetzlichen Grundlagen, einen geschichtlichen Überblick der Volkszählungen und einen Vergleich mit der Volkszählung 1987 in der BRD, enthält die **Broschüre "Volksverzählung – Schnüffelei statt Demokratie"** der IIB (Initiative Informatik Betroffener).

Sie kann zum Preis von 90.- öS + 10.- ö.S. Versandkosten bestellt werden bei der

IIB – Initiative Informatik Betroffener, Postfach 168, A-1015 Wien

Weiters ist die Broschüre "Volksverzählung – Schnüffelei statt Demokratie" erhältlich in der Lehrmittelstelle der Technischen Universität Wien, sowie in den Buchhandlungen Winter und Kollisch bei der Universität Wien.

würde, wenn es eines gäbe. Ergebnis: auf der Straße wird eine neue Fahrspur auf Kosten des Gehsteigs angelegt. Hier werden persönliche Lebensverhältnisse ausgeforscht und die Bevölkerung später (oft) ungefragt mit irgendwelchen Planungsentscheidungen konfrontiert.

Die Volkszählungs- Angaben können ohne weiteres für die Melderegister verwendet werden.

Auch der Privatwirtschaft können die Volkszählungs-Ergebnisse gute Dienste leisten. Wenn z.B. die Mieten und Wohnungsausstattungen aus dem Wohnungsbogen bekannt sind, können Hausbesitzer ihre Mieten nach den Mietenforderungen und der Kaufkraft der Umgebung erhöhen. Adressenverlage beurteilen die Werbewirksamkeit einzelner Adressen nach der Struktur (z.B. Alter, Beruf) der Bewohner eines Hauses oder Häuserblocks, etc.

International geht der Trend dahin, daß die einmal mit großem Aufwand bei einer **Volkszählung** erhobenen **Daten** auch **für Verwaltungszwecke genutzt** werden („Wenn die Daten schon einmal da sind ...“). So wurden bei den letzten Volkszählungen in Belgien, Italien, Spanien und Schweden die Melderegister mit den Daten aus den Volkszählungs-Fragebögen, die ja von den Zählern durch persönlichen Augenschein geprüft wurden, aktualisiert.

Und tatsächlich: Die Verordnung für die Häuser- und Wohnungszählung 1991 sieht bereits vor, daß aus mehreren Angaben auf den Gebäudebögen eine österreichweite amtliche Gebäudedatenbank erstellt wird. Die nächsten Schritte der Verwaltung, um Zugriff auf weitere statistische Daten zu erlangen, kann man sich leicht vorstellen.

§ 4 (3) der Volkszählungsgesetz-Novelle 1980 lautet: „Sollen bei der

Volkszählung gemachte Angaben auch für andere als statistische Zwecke Verwendung finden, so ist dies durch ein besonderes Bundesgesetz ausdrücklich anzuordnen.“

Dazu bemerken die Erläuterungen der Regierungsvorlage (74 Blg NR XV GP, Seite 5): „Neu ist die nun gemäß § 4 Abs. 3 mögliche Verwendung der bei einer Volkszählung gewonnen Daten auch für nichtstatistische Zwecke (z.B. Bevölkerungsregister, Stadtplanung). Mit dieser Regelung wird die für die Bundesstatistik generell geltende zweckgebundene Verwendung der Einzelangaben auch auf den Bereich der Volkszählung analog anzuwenden sein.“

Bei der Probe- Volkszählung in Feldkirch haben 40% der Befragten die Teilnahme verweigert!

Zweckmäßigerweise wird man ein solches Gesetz aber erst nach der nächsten Volkszählung beschließen. Innenminister Löschnak – der ja auch oberster Volkszähler ist – hat bereits angekündigt, im Juni 1991 eine Novelle zum Meldegesetz vorzulegen, da nicht alle Personen richtig angemeldet sind.

In dieser Novelle kann ohne weiteres angeordnet werden, daß die Melderegister durch die Angaben aus der Volkszählung auf den neuesten Stand zu bringen sind. Vorteil dabei: bei Personen mit mehreren Wohnsitzen wurde nach den Angaben, die sie auf dem Ergänzungsblatt gemacht haben – und eventuellen weiteren, die die Gemeinden zusätzlich erhoben haben –, bereits behördlich geprüft, welcher Wohnsitz als Hauptwohnsitz zu gelten hat. Die Meldebehörde ist dann nicht mehr darauf angewiesen, wo sich jemand seinen Wünschen nach hauptgemeldet hat. Folge: diese Personen können anschließend automatisch polizeilich umgemeldet werden.

Was sagen die Österreicher zur Volkszählung?

Wie in öffentlichen Diskussionen und auch zuletzt in mehreren Rundfunksendungen im ORF festzustellen war, sind viele Österreicher mit dieser Zwangserhebung unzufrieden. Dies äußerte sich bis jetzt z.B. dadurch, daß unangenehme Fragen nicht beantwortet wurden. Bei der Volkszählung 1971 hatten 15% der Wiener Berufstätigen ihren Beruf nicht angegeben.

Bei der Probe-Volkszählung, die im Mai 1990 durchgeführt wurde, haben in Feldkirch-Levis 40% der Befragten keinen Fragebogen ausgefüllt, in der Gemeinde Au im Brengenerwald waren es 30%. In anderen Gemeinden war es ähnlich, z.B. in Salzburg oder Wien, wo ganze Häuser die Teilnahme an der Probezählung verweigerten.

Offenbar aufgrund dieser demonstrativen Ablehnung hat das Österreichische Statistische Zentralamt

vorgeschlagen, die Frage nach dem Religionsbekenntnis aus dem Fragebogen zu streichen. Die Proteste der katholischen Kirche waren jedoch noch stärker.

In welcher Form die Volkszählung schließlich durchgeführt werden wird, wird uns die weitere Entwicklung zeigen. Und das wird schließlich von unser aller Stellungnahmen zur Volkszählung abhängen, und auch davon, wie deutlich wir uns bemerkbar machen!

PROZESSAUTOMATISATION: EIN LESERBRIEF

Wien, 13. März 1991

Laut Aushang soll die Vorlesung Prozeßautomatisation am 5. März 1991 um 11 Uhr beginnen. Wenn Du dann pünktlich dort erscheinst, bist Du ein bißchen verwirrt, es herrscht miese Stimmung, denn an der Tür pickt ein Zettel, drauf steht, daß die Vorlesung doch erst am 12. März beginnt, dafür aber im Anschluß an die heute nicht stattfindende Lehr(eher Leer-)veranstaltung um 12³⁰ dann eine Vorbesprechung zur LU stattfindet. Du ärgerst Dich die 1 1/2 Stunden wartenderweise über die schlechte Organisation, erfährst Schauergeschichten über die Organisation der LU im letzten Sommersemester und die hohen Durchfallquoten in diesem letzten Sommersemester.

Doch nachdem Du lange genug demütig warten durftest, bis Du nun tatsächlich vom Zuständigen über die LU aufgeklärt werden sollst, geht es erst richtig los. Du erfährst nun sozusagen amtlich, daß auch für dieses Semester erwartet wird, daß nur wenige Auserwählte die LU überhaupt schaffen werden (letztes Jahr 80% Durchfallquote?!). Dafür sollen aber heuer die Tests anspruchsvoller sein, und mit dem

Wissen, mit dem im vorigen Jahr ein Durchkommen möglich war, hat heuer keiner eine Chance. Dafür sollst Du die vorhandenen 16 Geräte zum Üben benutzen (1 Woche später soll der Übungsbetrieb beginnen, und bis dahin haben sich 500 Studenten angemeldet!).



Gleichzeitig hörst Du, daß Du Dir einen Platz reservieren kannst, aber ob Du ihn Dir erkämpfst, wenn er bereits okkupiert ist, hängt ausschließlich von Deiner physischen und/oder psychischen Potenz ab, denn eventuell vorhandene Tutoren werden Dir beim Erkämpfen nicht behilflich sein dürfen.

Wenn Du schon so viele aufbauende Mitteilungen erfahren hast, kriegst Du dann noch so nebenbei erklärt, daß Du zum zweiten Übungstest nicht mehr gehen darfst, wenn Du beim ersten nicht ausreichend positiv warst.

Nach der Schlacht ums Übungsskriptum trägst Du dieses stolz nach Hause, Du darfst mit dem Studium desselben schon beginnen, denn in der ersten Lehrveranstaltung (1. Vortrag zur LU) hast Du bereits einige Kapitel zu Hause vorzubereiten, sonst – wirst Du freundlicherweise drauf hingewiesen – brauchst Du dort gar nicht hingehen.

So also ungemein aufgebaut, wartest Du dann auf den tatsächlichen Vorlesungsbeginn am 12. März. Der fängt schon gut damit an, daß geänderte Vorlesungszeiten bekanntgegeben werden. Da Du das nicht sofort mitgeschrieben hast, erklimmst Du nach der Vorlesung den 4. Stock, um am Institut den Aushang mit den neuen Vorlesungszeiten abzuschreiben. Aber leider – dort hängen die falschen Termine!

Dafür erfährst Du auch noch, daß die Vorlesungsprüfung schon am 8. Mai ist, das Vorlesungsskriptum soll

es Ende nächster Woche geben. Doch auch diese Erklärung erweist sich als Märchen, denn die Sekretärin (die sehr freundlich ist), die diese Skripten dann in den Sekretariatsstunden verkauft, macht Dir klar, daß vor Ostern keine Chance auf den Erhalt des Skriptums besteht.

Damit Du nicht allzu übermütig wirst, beginnt dann der 1. Vortrag (am 12. März) mit einer einstündigen Einschüchterung und Panikmache zu besagter LU. So vergeht auch die Zeit, und wenn Du schon kein Vorlesungsskriptum hast, wirst Du halt gefragt, ob Du auch brav Dein Pensum zur Vorbereitung für diese Veranstaltung im Übungsskriptum gelesen hast. Aber daß so viele bekennen, es tatsächlich gelesen zu haben, glaubt eh keiner. Wichtig ist, daß Du nun eingeschüchtert bist und Dir angehört hast, was Du alles sollst. Wie eine gute Organisation ausschaut, hast Du ja offensichtlich ausreichend demonstriert bekommen, um nun alle Motivation aufzubringen, die Veranstaltungen mit größtmöglichem Erfolg zu bewältigen.

Zum Überblick noch einmal kurz zusammengefaßt:

- nicht stattfindende Vorlesung zum angekündigten Termin
- dafür Vorbesprechung, auf die Du 1 1/2 Stunden wartest
- kein Vorlesungs-Skriptum vor Ostern
- dafür ist die Prüfung schon am 8. Mai
- da kein Skriptum zur Verfügung steht, sind doch Vorlesungsbesuche wichtig
- statt dieser Termine hängt eine Liste mit falschen am Institut aus

Und so siehst Du also freudig dem weiteren Betrieb entgegen (und wenn Du Dir gepflanzt vorkommst, weil Dir an Organisation genau das Gegenteil geboten wird, was von Dir erwartet wird, bist Du selber schuld).

Das mußte ich mir einmal von der Seele schreiben!

Trotzdem ein erfolgreiches Semester wünscht allen Mitkämpfenden

Name der Redaktion bekannt.

Ad ProZAut

Am 14. März '91 waren drei Leute von der Fachschaft Schildt und die für ProZAut zuständigen zwei Assis besuchen. Offensichtlich waren sie bis jetzt nicht in der Lage euch die Sinnhaftigkeit von rechtzeitigem Üben zu erklären.

Deshalb versuchen wir es nun mit dem folgenden Hinweis:

300 - 500 StudentInnen auf 16 Geräten gibt einen eher miesen Schnitt, wenn sich das ganze in der letzten Woche vor dem Test abspielen soll. Es empfiehlt sich daher wirklich (das heißt: **es ist unerlässlich**) mit den Übungen bei Zeiten (das heißt: **jetzt**) zu beginnen.

Sollten sich die Übungen als zeitlich zu umfangreich herausstellen, so können wir gerne einmal alle zusammen bei Schildt & Co vorbeischaun.

Bernd

NEWS

Im letzten fridolin haben wir über die Neugliederung der Informatik-Institute informiert. Ende des WS 90/91 fanden die Vorstandswahlen statt. Hier nun die Ergebnisse dieser Wahlen:

- Inst. f. Technische Informatik (182) Prof. Kopetz
- Inst. f. Automation (183) Prof. Schildt
- Inst. f. Informationssysteme (184) wegen Urlaub entfallen
- Inst. f. Computersprachen (185) Prof. Leitsch
- Inst. f. Computergraphik (186) Prof. Barth
- Inst. f. Gestaltungs- und Wirkungsforschung (187) Prof. Wagner
- Inst. f. Softwaretechnik (188) Prof. Wagner



Fachschaftssitzung

In diesem Semester finden die Fachsitzungen jeden Dienstag um 16.00 c.t. statt. Wir sind immer wieder erfreut wenn sich Interessierte zu den Fachsichtungsitzungen einfinden (auch wenn das nicht oft der Fall ist). Natürlich seid Ihr auch mit euren Problemen (das Studium betreffend), Wünschen, Anregungen und Ideen stets willkommen. Es ist vielleicht auch für Euch interessant zu erfahren was die Leute alles tun und wer die Leute überhaupt sind die Euch so ganz offiziell (durch Wahl und so) vertreten.

Guy

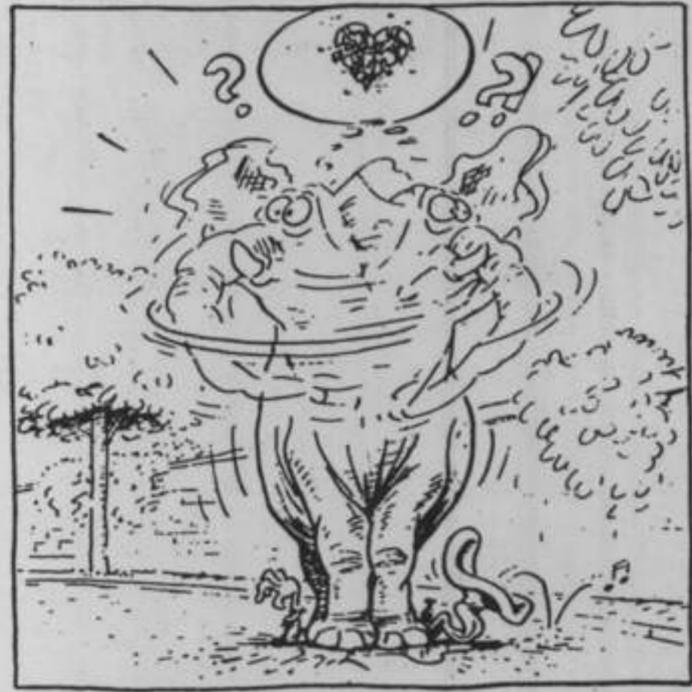
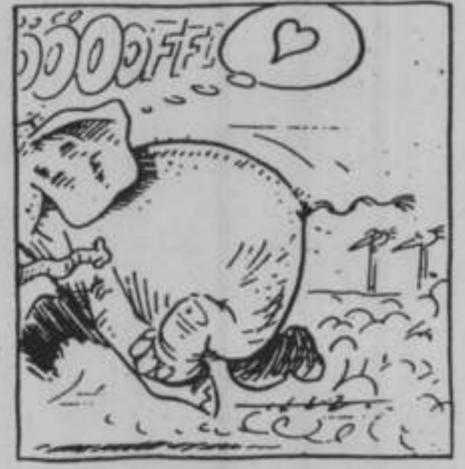
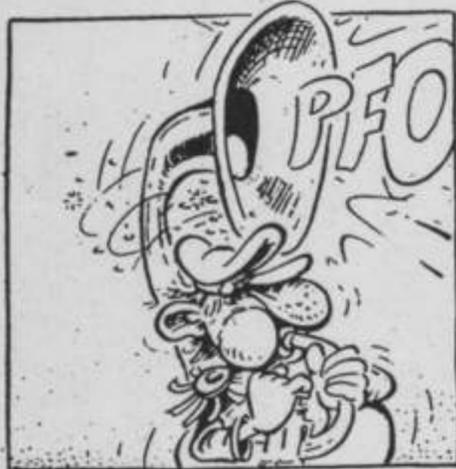
Prüfung aus Rechnerarchitekturen

Prof. Grünbacher bietet noch einen letzten Prüfungstermin mit dem Stoff des alten Skriptums an. Voraussetzung des Zustandekommens: mindestens 20 Scheinhungrige. Eilt also massenhaft ins Sekretariat (Porrhaus, 2. Stock), denn das Angebot gilt nur kurze Zeit.

Hannes nach Information durch eine anonyme Studentin

Technologie-Comix

SPERRE



...diesmal ganz ohne Techno.

In unserer Jugend hat es sowas nicht gegeben!



Noch Student und schon ein Konto?

Wenn man heute studiert, braucht man nicht auf übermorgen zu warten, um eine professionelle Bankverbindung zu haben. Das Z-Studenten-Konto kann alles, was ein Gehaltskonto kann: VISA-Karte, Scheckkarte, Einkaufsrahmen, Kredit ... – der einzige Unterschied: Vorteile, Vorteile, Vorteile – also sowas!

Reden Sie mit uns.
Rechnen Sie mit uns.



ZENTRALSPARKASSE